

der kirchlichen Praxis Zeit erfordert und daß die Distanznahme zum autoritär geführten Obrigkeitsstaat nicht immer überall leicht fällt. Die Parallele zu der innerkirchlichen Menschenrechtspraxis (*due process of law* – rechtliches Gehör!) dürfte unübersehbar sein.

1944 geboren. Studierte Rechtswissenschaft in Zürich und an der Gregoriana in Rom. Promovierte 1969 in Zürich mit einer Arbeit über «Katholische Kirche und Demokratie». Publiizierte anfangs der siebziger Jahre verschiedene Aufsätze im Konkordats- und allgemeinen Staatskirchenrecht. Seit 1972 als Rechtsanwalt in Zürich tätig. Anschrift: Waldschulweg 19, CH-8032 Zürich.

Jean-Marie Mayeur

Katholische Parteien, christlich-demokratische Parteien und katholische Kirche

An der Seite der traditionalistischen oder konservativen Rechtsparteien sowie der liberalen, demokratischen, radikalen, sozialistischen und kommunistischen Parteien beherrschen die katholischen und christlich-demokratischen Parteien das politische Feld im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts. Ihr Einfluß hat sich in unserem Jahrhundert auf Lateinamerika ausgebreitet. Sie sind oder waren sehr lange Zeit «religiöse» Parteien; in unterschiedlichen Formen beriefen sich alle auf ein religiöses Bekenntnis oder auf christliche Grundsätze. Als Historiker möchte ich hier einige Gedanken über die Beziehungen dieser Parteien zur katholischen Kirche vortragen; sie sind verwickelter als man es sich zuweilen vorstellt.

Definitionen

Vielleicht wird es gut sein, zur Aufhellung der Sache von Definitionen auszugehen. Der Begriff «christlich-demokratische Partei» bereitet zwar keine besonderen Schwierigkeiten; dagegen kann die Bezeichnung «katholische Partei» als ungenau, ja sogar als polemisch zurückgewiesen werden. Man könnte mit gutem Recht bemerken, daß die deutsche Zentrumspartei tatsächlich jeg-

liche konfessionelle Benennung abgelehnt und Windthorst unermüdlich auf diesem Punkt bestanden hatte. Dennoch lassen sich mehrere Gründe dafür ins Feld führen – und es sind nicht nur Bequemlichkeitsgründe –, auf den Ausdruck «katholische Partei» zurückzugreifen. Denn dieser Begriff hat den großen Vorteil, eine viel weitere und komplexere Wirklichkeit in sich zusammenzufassen, als es der Begriff «christlich-demokratische Partei» vermag, der sich übrigens nur allmählich durchsetzt und beispielsweise weder auf die belgische noch auf die holländische katholische Partei paßt. Eine vergleichende Untersuchung darf sich also nicht einzig und allein auf die Christdemokratie beschränken, die in der Tat nur Teil einer umfassenderen Wirklichkeit ist.

Der Begriff «katholische Partei» wurde zu seiner Zeit nicht nur von den Gegnern dieser Parteien verwendet, sondern sehr oft auch von den eigenen Parteiführern selbst. Zwar führte die Deutsche Zentrumspartei keine konfessionelle Benennung; die im Großherzogtum Baden Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entstandene Katholische Volkspartei dagegen zeigte ihre konfessionelle Zugehörigkeit ganz offen. Schließlich muß gesagt werden: Wenn auch der Begriff «katholische Partei» tatsächlich nicht immer angewandt und manchmal durch diese politischen Formationen selbst zurückgewiesen wird, so gibt er doch die Wirklichkeit mit größerer Treue wieder, so wie sie von den Zeitgenossen erfahren und erfüllt wurde und sich dem Historiker aufdrängt. Darum mag es gerechtfertigt erscheinen, auf die Bezeichnung «katholische Partei» zurückzukommen als auf eine Wirklichkeit, die übrigens vor allem auf das 19. Jahrhundert zutrifft, während der Aufschwung der christlich-demokratischen Parteien in das 20. Jahrhundert gehört.

Genau genommen sind die Begriffe «christlich-demokratische Partei» und «katholische Partei» weit davon entfernt, sämtliche verwendeten Benennungen in sich zu begreifen. Wir finden Bezeichnungen wie «Fédération des Cercles catholiques» (Verband katholischer Kreise) in Belgien, «katholische Volkspartei» in den Niederlanden, im Großherzogtum Baden und in Ungarn (1894), «Zentrumspartei», «demokratische Volkspartei», «demokratische Liga» (so in Belgien im Jahre 1891), «Fédération des Républicains démocrates» (Verband republikanischer Demokraten) in Frankreich am Vorabend des Ersten Weltkriegs, «republikanische Volksbewegung». Diese vermutlich unvollständige Liste von Benennungen genügt bereits, Bemerkungen und Fragen wachzurufen. Das Beiwort «konfessionell» ist verhältnismäßig selten. Man zieht die Bezeichnung «christlich» vor, ein überkonfessionelles Wort, das erlaubt, an die Protestanten, ja sogar an Ungläubige, die der christlichen Sittenlehre zugeneigt sind, zu appellieren, ein Wort, das überdies eine Autonomie des Handelns der katholischen Hierarchie gegenüber zum Ausdruck bringt.

Die Unkonfessionalität ist seit den Jahren vor 1914 die Eigentümlichkeit der deutschen Zentrumspartei, aber auch zum Beispiel die der Schweizerischen Konservativen Volkspartei (1912 gegründet) oder der am 9. Januar 1914 ins Leben gerufenen Luxemburgischen Rechtspartei. Das Programm dieser unkonfessionellen Parteien beruft sich freilich auf die «christliche Weltanschauung» und die «christliche Sozialpolitik». Vielfalt und Entwicklung dieser Benennungen verdienen unsere Aufmerksamkeit. In Deutschland und in Italien erscheint der Bezug auf das «Christliche» erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In Österreich dagegen wird die Bezugnahme auf das «Christlich-Soziale» 1945 durch die unkonfessionelle Bezeichnung «Österreichische Volkspartei» abgelöst.

Das Studium der katholischen und christlich-demokratischen Parteien in ihrer über eineinhalb Jahrhunderte dauernden Geschichte überschneidet sich mit zwei anderen benachbarten, aber in sich unterschiedenen Themen: dem Thema katholische Kirche und Politik und dem Thema Katholiken und Politik. Die Beziehung zwischen Kirche und Politik kommt nicht nur durch die Vermittlung der Parteien zustande. Übrigens hat es die Kirche lange Zeit vorgezogen, durch Bischöfe und Kurie direkt auf das Staatsoberhaupt

als Nachfolger und Erben des «christlichen Fürsten» einzuwirken, anstatt den Weg über die in den Händen von Laien liegenden parlamentarischen Parteien zu nehmen. Kaum etwas ist so ungenau wie die Vorstellung, die katholischen oder christlich-demokratischen Parteien seien der «weltliche Arm» der Hierarchie oder des Heiligen Stuhles. Zur Zeit der Kulturkampfrege- lung hat Rom über den Kopf der Zentrumspartei hinweg unmittelbar mit Bismarck verhandelt. 1943 wünschte die Kurie kaum die Geburt einer großen christlich-demokratischen Partei in Italien.

Andererseits hat die Kirche der Aktivität der Parteien das Wirken katholischer Organisationen vorgezogen, die sich nach Art von Gruppen entfalteten, die auf die politischen Mächte Druck ausüben. Auch galt der Vorzug verschiedenen, der Verteidigung des Katholizismus sich widmenden Parteien, wie in Frankreich der «Fédération nationale catholique» im Jahre 1924 oder der «Association parlementaire pour la Liberté de l'Enseignement» im Jahre 1951. Das Bezugsfeld zwischen Kirche und Politik greift also über die katholischen Parteien hinaus.

Auch die zum Verständnis der Geschichte der katholischen Parteien unabdingliche Untersuchung der politischen Haltung der Katholiken läßt sich nicht mit dem Schicksal eben dieser Parteien gleichsetzen. In Großbritannien haben die sich in der Minderheit befindenden Katholiken nie eine Partei gebildet, im Unterschied zu den Niederlanden, diesem anderen Land mit katholischer Minderheit. In Frankreich und Spanien, in Ländern also mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung, kannten die katholischen oder christlich inspirierten Parteien nur eine kurzlebige Geschichte und ein recht mittelmäßiges Los. Dieser Mißerfolg ist das Anzeichen eines Pluralismus im politischen Verhalten der Katholiken und eines Widerstandes gegen eine Ausgestaltung, die im germanischen Raum oder auch in Italien, hier freilich erst spät, einen so bedeutenden Erfolg verzeichnen sollte. Doch darf man nicht vergessen, daß nicht einmal auf dem Höhepunkt der Zentrumspartei alle deutschen Katholiken die Partei Windthorstts wählten. Dieses Phänomen nahm in dem Maße zu, wie sich die Erinnerung an den Kulturkampf verflüchtigte.

Die königstreuen oder konservativen Parteien lassen sich nicht unter die katholischen Parteien einreihen, sobald man jene sich grundsätzlich auf

den Katholizismus berufenden Parteien genau zu definieren sucht, auch wenn zahlreiche Katholiken zu ihnen gehören und die Verteidigung religiöser Grundsätze in ihrem Programm einen nicht zu unterschätzenden Platz einnimmt. Weder die Karlisten in Spanien noch die Legitimisten in Frankreich verdienen es, in einer Galerie der katholischen Parteien aufgeführt zu werden. Ihr Ursprungsprinzip ist die Treue zur Dynastie, wenn auch das Festhalten an Gott und König eine Einheit bilden. Desgleichen kann man es sich ersparen, konservative Formationen wie die Partei «Ordre dans la France» während der Zweiten Republik (1848–1870) oder die «Fédération républicaine» zwischen den beiden Weltkriegen mit der Bezeichnung «katholische Partei» zu beehren. Sie vereinen in sich auf ein zuallererst politisches Programm Leute, von denen einige sich gewiß nicht besonders der Kirche verbunden fühlten – man denke an Thiers oder Louis Marin in Frankreich. Die Sorge um die Verteidigung der «religiösen Interessen» und die Anwesenheit zahlreicher Katholiken unter dem Wählervolk dieser Parteien macht diese selbst noch nicht zu katholischen Parteien.

Ursprünge

Die Bedingungen für das Entstehen der katholischen und der christlich-demokratischen Parteien bilden ein erstes Problemfeld. Voraus geht ihm die Tatsache einer repräsentativen Regierungsform und eines Parlaments. Alsdann setzen sich parlamentarische Gruppen durch, wie etwa im preußischen Zentrum 1852, und Tendenzen in der öffentlichen Meinung, wenn nicht gar organisierte Parteien. Noch etwas anderes liegt dem Entstehen der katholischen und christlich-demokratischen Parteien voraus, das unser Thema angeht, nämlich die Existenz eines «religiös indifferenten» Staates, wie La Mennais sich ausdrückt. In einer katholischen Monarchie oder einem christlichen Staat ist ja die Vorstellung von einer Partei, die sich katholisch nennt, widersinnig. Sobald jedoch der Katholizismus keine Staatsreligion mehr ist, sondern bloß noch die «dominierende» Religion, wie es etwa das Konkordat in Frankreich voraussetzt (1801), und in dem Maße, wie sich die Säkularisation ausbreitet, streben die Katholiken oder wenigstens ein Teil von ihnen danach, sich die liberalen Institutionen zunutze zu machen, und appellieren an die öffentliche Meinung; das Beispiel der katholischen

Partei Montalemberts illustriert dieses Vorgehen. In den Niederlanden und in Preußen zieht die Tatsache, daß der König protestantisch ist, die gleichen Folgen nach sich.

Nicht nur die Art und Weise der Beziehung zwischen Kirche und Staat beeinflussen das Sicheinbürgern der katholischen Parteien, sondern auch die geographische Lage der verschiedenen Bekenntnisse. Die katholischen Parteien haben ihre ersten Erfolge zweifellos in jenen Ländern errungen, in denen der Katholizismus in der Minderheit war; hier wurden sie das Instrument zur Verteidigung der Rechte der in zweitrangiger Stellung gehaltenen Katholiken. O'Connells «Catholic Association» in Irland, die politischen Anfänge der Katholiken in Preußen und die Initiativen der belgischen Katholiken im Königreich der Niederlande veranschaulichen diese Erscheinung. Doch muß man feststellen, daß die katholischen Minderheiten in bestimmten Gebieten wie Irland, dem Rheinland und dem zukünftigen Belgien in Wirklichkeit die Mehrheit bilden. Noch heute lastet auf der geographischen Verbreitung der Parteien das Erbe der im Europa des 16. Jahrhunderts, zur Zeit der Reformation also und nach dem Grundsatz *cujus regio, ejus religio* festgelegten Religionskarte; nach diesem Grundsatz hatten ja die Untergebenen die Religion des Fürsten auszuüben. Die bayerische CSU erlangte sehr lange Zeit ihre größten Erfolge in den Gebieten alter, seit dem 16. Jahrhundert herrschender katholischer Tradition.

Offensichtlich entstanden die katholischen Parteien nicht nur in Staaten, in denen der Katholizismus in der Minderheit war; an ihrem Ursprung läßt sich immer auch der Wille erkennen, gegen die antiklerikale Politik der an der Macht stehenden Liberalen zu kämpfen, eine Politik, die die Katholiken zu Bürgern zweiten Ranges herabdrückte. Der von Don Sturzo 1919 gegründete Partito Popolare Italiano (PPI) will den Katholiken ihren Platz in der politischen Gemeinschaft zurückgeben. Im österreichischen Kaiserreich, diesem anderen Staat mit katholischer Mehrheit, will die christlich-soziale Partei am Ende des 19. Jahrhunderts dem beherrschenden Einfluß der Liberalen einen Riegel vorschieben.

So waren diese Parteien anfänglich zur Verteidigung religiöser Werte bestimmt und von dem Verlangen beseelt, den Schutz der Rechte der Kirche auf dem Gebiet des Zivilrechts sicherzustellen. Sie gaben sich aber in unterschiedlicher

Abfolge ein eigenes politisches und soziales Programm, das sich auf eine vom Christentum inspirierte Philosophie der Politik und der Gesellschaft und eine christliche Auffassung vom Staatswesen berief. Es ist nicht sicher, ob Parteien, die sich lediglich die Verteidigung der religiösen Belange zum Ziel setzten, von Dauer gewesen wären. Hingegen verlieh der Rückbezug auf die Menschen- und Weltsicht, wie sie in der kirchlichen Gesellschaftslehre und Sozialdoktrin bejaht werden, diesen Parteien eine freilich nicht immer konstante und totale Unterstützung von Seiten der Hierarchie und des Klerus. Dieser Rückbezug bildete die Grundlage ihrer Kraft und Dauerhaftigkeit. Vor allem schöpften diese Parteien aus den so verschiedenartigen frommen Werken und Vereinen, die sich ganz besonders vom ausgehenden 19. Jahrhundert an gleichsam als Vorspiel zum Aufschwung der Katholischen Aktion entwickelten, ihre eifrigsten Verfechter und ein ergebenes Personal. Die Katholische Aktion selbst hat zahlreiche Parteigänger herangebildet, deren politisches Engagement sich in den Rängen der katholischen und christlich-demokratischen Parteien verwirklichte.

Eine geläufige Meinung möchte wahrhaben, daß die katholischen Parteien ihren Aufschwung in den christlichen Gebieten gefunden hätten, dort, wo heute noch eine ganz besonders eifrige religiöse Praxis herrscht. Tatsächlich aber genügt eine lebendige Religiosität einer Gegend nicht, um eine katholische Partei hervorzubringen, obwohl dies eine durchaus notwendige Bedingung darstellt. Ebenso notwendig ist nämlich die Existenz eines Geflechts von Vereinigungen und Bewegungen, das die Bevölkerung mit dem in der Geschichte des deutschen Katholizismus so wesentlichen Vereinskatholizismus überzieht, der aber auch in Venezien sowie in Flandern und Slowenien eine nicht geringere Bedeutung erlangte. So wurden die katholischen Parteien sehr wohl zum politischen Ausdruck eines tief in das Land eingewurzelten Volkskatholizismus, eines, um alles zu sagen, «sozialen» Katholizismus. Sie wurden zu einer Komponente eines regionalen Christentums, genauso wie die christlichen Werke, die christlichen Vereine, die christlichen Gewerkschaften der Bauern und Arbeiter.

Entwicklungen

Die katholischen Parteien haben ihren Ursprung in der Reaktion auf die antiklerikale Politik sowie

in der Überzeugung militanter Katholiken, von einem durch die Liberalen beherrschten politischen Leben ausgeschlossen zu sein. Als Don Sturzo 1919 die italienische Volkspartei gründet, will er unter Ausnutzen der Aufhebung des Non-expedit die Übereinkunft «Clerico moderato» von 1913 zurückweisen und unnachgiebig die Autonomie der katholischen Kräfte stärken. Er steht sowohl einem Kompromiß mit der regierenden Bourgeoisie als auch einem Bündnis mit dem Sozialismus feindlich gegenüber. Die Geburt des PPI ist sehr wohl Abschluß eines langen Kampfes der italienischen Katholiken gegen den liberalen Staat. Die liberale und antiklerikale Politik hat das Entstehen der katholischen Parteien begünstigt.

Diese aus der schlichten religiösen Verteidigung heraus entstandenen Parteien konnten sich im Bereich der allgemein anerkannten Freiheiten, die den Katholiken wie allen anderen Staatsbürgern zugute kommen mußten, auf den Schutz der katholischen Rechte beschränken. Das ist eines der Argumente eines Windthorst zur Zeit des Kulturkampfes. Doch ging man von einem «defensiven» politischen Katholizismus zu einem «auf Eroberung ausgehenden» politischen Katholizismus über in der Sorge, der Kirche privilegierte religiöse Positionen zu sichern, und zwar durch die Verabschiedung von Gesetzen, die – vor allem im Schulbereich – ein dem religiösen Leben günstiges Klima schaffen sollten, wie etwa vom Jahre 1884 an in Belgien.

Über ein bloßes Eroberungsbestreben hinaus macht sich schließlich hie und da die Möglichkeit eines «theokratischen» politischen Katholizismus parlamentarischer Form bemerkbar. So wurden die katholischen Parteien von ihren Gegnern auch eingeschätzt, besonders treffend von dem belgischen Liberalen Emile de Laveleye: «Im Mittelalter haben die Päpste versucht, durch Exkommunikation die Könige ihrer Krone zu berauben; es ist ihnen fast nie gelungen. Heute kommt da eine Order aus Rom; sie wird durch Bischöfe und Pfarrer weitergeleitet; die Wähler gehorchen. Auf diese Weise, auf dem Weg über die Wahl also, werden die Minister vom Papst ein- oder abgesetzt und wird der Staat regiert.» Ein unablässig wiederaufgenommenes Thema: Die katholischen Parteien erscheinen ihren Gegnern als der letzte Schlich der Theokratie. Zweifellos ist die Wirklichkeit viel verwickelter. Wahr bleibt indes, daß der Traum von der Theokratie nie völlig fehlt. Man denke an die Haltung des

Nuntius in Brüssel, Fornari, am Tag nach der Unabhängigkeitserklärung. Man denke an die Hoffnungen gewisser italienischer Christdemokraten, treuer Nachfolger einer sich bis zu Dossetti oder La Pira durchziehenden «guelfischen» Tradition mit ihrem Traum von einer neuen Christenheit.

Tatsächlich lebten die katholischen Parteien während ihrer ganzen Geschichte nicht ohne Widersprüchlichkeiten und Hindernisse in einer zweideutigen Situation. Sie hatten ihren Grund in der Definition selbst als katholischer Partei wie auch in den engen Beziehungen zu den Bischöfen, dem Klerus, den katholischen Bewegungen und letzten Endes auch in dem Wählervolk. Konfessionalität, Interkonfessionalität mit den Protestanten, Unkonfessionalität, Abgrenzungen zur Kirche in politischer Autonomie, Beziehungen zur Hierarchie und zu Rom – alles Ursachen von Kontroversen, Konflikten, ja sogar Zwietracht. Der konfessionelle Bezug zum Katholizismus ist in Wirklichkeit seltener als der interkonfessionelle Bezug zum Christentum, der bei Windthorst den Ruf zur Zusammenarbeit mit den Protestanten, ja selbst mit den Ungläubigen begründet. Gewiß bleibt die Anwesenheit von Protestanten im Schoß der Zentrumspartei begrenzt. Sie nimmt indessen in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu, ein Vorspiel der Zusammenarbeit, wie sie sich dann in der CDU verwirklicht.

Der Verweis auf das Christentum schloß für die katholischen und christlich-demokratischen Parteien nicht den Verzicht auf politische Autonomie gegenüber der Hierarchie ein. Er bedeutete vor allem ein Ja zu einer politischen und sozialen Moral. Trotzdem erhob sich wegen des Risikos der Zweideutigkeit die Forderung nach Konfessionslosigkeit; die in Frankreich 1924 gegründete demokratische Volkspartei wie auch die italienische Volkspartei (1919) bestanden energisch darauf. Die deutsche Zentrumspartei ihrerseits behauptete stets, keine konfessionelle Partei zu sein. Übrigens lag in der offiziellen Bezeichnung des Zentrums kein ausdrücklicher Hinweis auf das Christentum vor, im Unterschied zu der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Christlich-Demokratischen Union.

Komplexere Beziehungen, als man es gerne zugibt, entwickelten sich zwischen den Führern und Anhängern dieser Parteien einerseits und den religiösen Autoritäten andererseits. Am Vorabend von Wahlen bekundete die Hierarchie

in Italien, Belgien, Deutschland und den Niederlanden regelmäßig und bis vor wenigen Jahren noch ihre Unterstützung der katholischen Parteien. Die tatsächlich bestehenden Bindungen an die religiösen Autoritäten waren also eng. Jedoch bewahrten die katholischen Parteien im Rahmen dieser Situation ein weites Aktionsfeld, bei dessen Einschätzung man die nationalen Verhältnisse und das Fehlen einer vollen Übereinstimmung unter den Bischöfen, ja sogar deren Uneinigkeit auf diesem Gebiet in Rechnung stellen muß. Der Historiker Charles Seignobos hatte schon am Ende des vergangenen Jahrhunderts der Vorahnung Ausdruck verliehen, daß «die Rivalitäten im Kampf um den Einfluß und auch die Meinungsverschiedenheiten» zwischen den Laien und den «amtlichen Leitern der Kirche» «Konflikte neuer Art» entstehen lassen würden. Bereits die «katholische Partei» Montalemberts vom Jahre 1846 (in Wirklichkeit eine Gruppe, die auf dem Gebiet der Schulfreiheit Druck auszuüben suchte) stieß bei einem Teil der Bischöfe, die sich über den «Laizismus» beunruhigte, auf Mißtrauen. Neue Autoritäten dehnten ihren Einfluß auf den Geist der Gläubigen aus. Die politischen Kämpfe mußten die Katholiken entzweien. War es da nicht besser, ohne das Dazwischentreten einer Partei unmittelbar auf die Regierungen einzuwirken? So lautete sehr oft das Argument der Bischöfe in ihrer Anhänglichkeit an die traditionelle Vorstellung von den Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

Ihre Vorbehalte konnten zu Feindseligkeiten werden, sobald sich die katholischen Parteien ein Sozialprogramm zu eigen machten, das bei den konservativen Katholiken auf Widerstand stieß, und sobald ein Teil des jüngeren Klerus trotz des Einspruchs der Hierarchie aktiv in diesen Parteien wirkte. Bekannt ist der Argwohn des höheren Klerus im österreichischen Kaiserreich gegenüber der «Kaplansbewegung» und seine in Rom vorgebrachten Klagen, die sich besonders auf das Gemisch von Antikapitalismus und Antisemitismus der Christlich-Sozialen bezogen sowie auf die Unterstützung, die diesen von den Kardinälen Agliardi und Rampolla zuteil wurde. In diesem Falle schien Rom über die Köpfe der örtlichen Autoritäten hinweg eine katholische Partei zu stützen. Dagegen kennt man auch Beispiele von Spannungen zwischen einer katholischen Partei und der Kurie. Das bemerkenswerteste ist die Weigerung der deutschen Zentrumspartei, im Jahre 1887 für das Septennat zu

stimmen, und dies trotz der Aufforderung des Heiligen Stuhles. Diese Episode kennzeichnet eine Wende in den Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Kurie und hat eine mehr «deutsche» und weniger «römische» Entwicklung der Partei Windthorsts zur Folge. Die Angelegenheit beweist, daß die katholischen Parteien nicht der weltliche Arm des Heiligen Stuhles waren; sie bestätigt aber auch, daß das Studium der katholischen Parteien nicht von der vatikanischen Politik und deren Zwischenfällen absehen kann.

Ausblicke

Für gewisse Christdemokraten bedeutete die Annahme der Demokratie eine ausdrückliche politische Autonomie der Kirche gegenüber; die Entkonfessionalisierung, die Zusammenarbeit mit den Ungläubigen, den Liberalen, ja sogar den Sozialisten hieß eine Gesetzgebung annehmen, die der Kirche keine Sonderstellung mehr zugestand. Das führte natürlich zu heftigen inneren Spannungen. Die «Christdemokraten», die sich den Vertretern einer konfessionellen und «integralistischen» Linie widersetzen, knüpften an die Tradition eines durch den Syllabus Pius' IX. verurteilten liberalen Katholizismus an, den sie selbst anfänglich abzulehnen schienen. Manche von der Hierarchie mit der Verhängung von Sanktionen ausgefochtenen Konflikte beleuchten diese Unstimmigkeiten.

Durch die ganze Geschichte der katholischen Parteien hindurch sieht man vergleichbare Abfolgen entstehen. Am Anfang behauptet sich ein Wille, im katholischen Bereich zu wirken und angesichts des sozialen Gefüges und der bürgerlichen Gesellschaft die christlichen Forderungen ins Licht zu stellen. So erwacht der Traum einer christlichen Politik und eines christlichen Gemeinwesens, ein Traum, der von einer gewissen Ablehnung der gegenwärtigen Welt und einer Hoffnung auf Verwandlung eben dieser Welt unter dem Einfluß des Christentums untrennbar ist. Hierin führen die katholischen Parteien eine etwaige millenaristische Weltsicht gesellschaftlicher Wiedergeburt mit sich. Diese Zeit des Weigerns und Hoffens wird dann durch die harte Wahrheit der politischen Zwänge abgelöst, denn die Politik gehört einer anderen Ordnung an als die Religion. Für einige ist das die Stunde der Entkonfessionalisierung, der Entdeckung der dem Profanen eigenen Werte. Für andere ist es die Zeit des Übergangs von der Mystik zur

Politik und zu den Realitäten der Macht und der Führung. So lebten die katholischen Parteien zwischen zwei Polen, dem Religiösen und dem Politischen. Diese Spannung macht die Eigentümlichkeit ihrer Geschichte aus und vielleicht allgemeiner gesehen die der christlich inspirierten und in der Welt engagierten Bewegungen überhaupt. Zwischen der Behauptung von der Notwendigkeit einer christlich beeinflussten und beseelten Politik und der Notwendigkeit der politischen Autonomie – Welch eine Menge von Zwischenlösungen und möglichen Mittelwegen!

Gewiß führen die Entwicklung der Kirche wie auch Einsätze in den politischen Kämpfen zum Schwinden der eigentlich konfessionellen Aspekte der christlich-demokratischen Parteien. Auf diese Weise verlieren sie die ihnen eigene Zweideutigkeit. Sie werden zu unkonfessionellen Parteien, nicht nur ihrem Ideal nach, sondern in aller Wirklichkeit. Aber ob sie sich nun christlich nennen oder nicht, sie bewahren jedenfalls einen Bezug, wenn nicht auf die soziale und politische Doktrin des Christentums («Die Bibel ist kein Kochbuch», heißt es im Programm der CDU), so doch auf jeden Fall auf jene Weltanschauung, deren Sendbote und Träger das Christentum ist. So gesehen sind sie etwas anderes als Parteien verwaltungstechnischer und pragmatischer Ausrichtung nach amerikanischem Muster. Sie bleiben «Weltanschauungsparteien», in deren Schoß verschiedene Strömungen verlaufen, die einen konservativ, andere demokratisch, ja sogar solche, die einem demokratischen Sozialismus nahekommen. Diese Verschiedenheit ist selbst wieder ein Zeichen von Lebenskraft und läßt jedenfalls den Historiker ein, in seinen Voraussagen über die Zukunft von politischen Bildungen solcher Art vorsichtig zu bleiben.

Aus dem Französischen übersetzt von Arthur Himmelsbach

JEAN-MARIE MAYEUR

1933 geboren. Agrégé d'histoire und Docteur ès lettres. Derzeit Professor der zeitgenössischen Geschichte an der Universität Paris IV (Sorbonne). Veröffentlichungen u. a.: *La Séparation de l'Eglise et de l'Etat* (Julliard, Paris 1966); *Un Prêtre démocrate: L'abbé Lemire (1853–1928)* (Casterman, Paris 1968); *Les débuts de la Troisième République* (Editions du Seuil, Paris 1973); *Des partis catholiques à la démocratie chrétienne, XIXè – XXè siècles* (Colin, Paris 1980). Anschrift: Université Paris-Sorbonne, Institut d'Histoire, 1, rue Victor Cousin, F-75230 Paris Cedex 05, Frankreich.